## S 41 SF 53/21 E

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Nordrhein-Westfalen

Sozialgericht Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen

Sonstige Angelegenheiten

Abteilung

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Sachgebiet

Aktenzeichen S 41 SF 53/21 E Datum 23.03.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 6 AS 699/21 B Datum 30.03.2022

3. Instanz

Datum -

Die Beschwerde gegen den Beschluss des Sozialgerichts Gelsenkirchen vom 23.03.2021 wird zur $\tilde{A}^{1}$ /4ckgewiesen.

Kosten sind nicht zu erstatten.

Â

## Gründe:

Ι.

Der Beschwerdef $\tilde{A}^{1/4}$ hrer wendet sich gegen die Festsetzung der von ihm als Landeskasse zu erstattenden Kosten in H $\tilde{A}$ ¶he von 1.151,33  $\hat{a}$  $\Box$ ¬ f $\tilde{A}^{1/4}$ r die F $\tilde{A}^{1/4}$ hrung eines erstinstanzlichen Klageverfahrens.

Die Kl $\tilde{A}$ ¤gerin wandte sich mit der am 19.11.2019 erhobenen Klage gegen einen Bescheid, mit dem der Beklagte die Bewilligung von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch  $\hat{a}$  Grundsicherung f $\tilde{A}$ ½r Arbeitsuchende  $\hat{a}$  (SGB II) ganz aufgehoben hatte. Am 16.02.2021 wurde die

Sache in einer Videokonferenz mit den Beteiligten erĶrtert, nachdem ein frù¼herer Erörterungstermin bereits einmal aufgehoben worden war. In dem Termin, der 32 Minuten dauerte, schlossen die Beteiligten zur Erledigung des Rechtsstreits einen Vergleich. Der Klägerin wurde im Anschluss auf ihren mit Klageerhebung gestellten Antrag unbeschränkt Prozesskostenhilfe unter Beiordnung der Beschwerdegegnerin bewilligt.

Am 17.02.2021 beantragte die Beschwerdegegnerin beim Sozialgericht (SG) die Festsetzung zu erstattender Kosten in Höhe von insgesamt 1.151,33 â $\Box$ ¬. Dabei legte sie in ihrer Kostennote folgende Gebühren und Auslagen nach dem Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG) i.V.m. dem Vergütungsverzeichnis (VV) zugrunde:

Pauschale fÃ $\frac{1}{4}$ r Post und Telekommunikation gemÃ $\mathbb{A}$  $\mathbb{A}$ 

Â

Daraus ergab sich ein Nettohonorar in Höhe von 967,50 â□¬, nach Hinzuziehung der Umsatzsteuer gemäÃ□ Nr. 7008 VV RVG in Höhe von 19 % also der beantragte Gesamtbetrag. Zur Begründung führte die Beschwerdegegnerin aus, die Angelegenheit sei für die Klägerin von besonderer Bedeutung gewesen. Es habe erhebliche sprachliche Barrieren gegeben, so dass die Beschwerdegegnerin nicht nur mit der Klägerin und der Tochter, sondern auch mit einem Bekannten der Klägerin habe Kontakt aufnehmen und Termine gemeinsam wahrnehmen mþssen. Dies sei aufgrund der sprachlichen Probleme besonders zeitintensiv gewesen, was sich daran zeige, dass auch im laufenden Verfahren Vortrag abzuändern gewesen sei. Darüber hinaus sei die Angelegenheit für die Klägerin, welche ihren sich im Wachkoma befindlichen Ehemann pflege und ihre Wohnung aufgrund der Nichtzahlung des Jobcenters habe räumen müssen, sehr belastend gewesen. Auch die persönlichen Sorgen seien Gegenstand häufiger Gespräche gewesen. Vor diesem Hintergrund werde die leicht erhöhte

Verfahrensgeb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hr f $\tilde{A}^{1}_{4}$ r angemessen gehalten, zumal der Gesetzgeber die Geb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hren zum 01.01.2021 angehoben habe, so dass die erh $\tilde{A}^{1}$ hte Geb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hr der aktuellen Mittelgeb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hr entspreche. Die Terminsgeb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hr sei aufgrund der durchschnittlichen Dauer als Mittelgeb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hr angesetzt worden.

Der Urkundsbeamte der GeschÄxftsstelle setzte am 25.02.2021 die zu zahlenden Gebühren und Auslagen auf 770,53 â∏¬ fest, wobei er abweichend von der Beschwerdegegnerin von einer jeweils auf 200 â∏¬ abgesenkten Verfahrens- und Einigungsgebýhr ausging. Auf die als Erinnerung ausgelegte sofortige Beschwerde der Beschwerdegegnerin vom 02.03.2021, womit sie ergĤnzend geltend machte, dass die Teilnahme an der Online-Verhandlung mit einem erhĶhten Vorbereitungsaufwand verbunden gewesen sei, setzte das SG mit Beschluss vom 23.03.2021 die aus der Staatskasse zu gewĤhrende Vergļtung auf 1.151,33 â∏¬ fest. Der Umfang der anwaltlichen Tätigkeit sei vorliegend (noch) durchschnittlich gewesen. Die Beschwerdegegnerin habe die Klageschrift nebst Begründung eingereicht. Darüber hinaus berücksichtige das Gericht, dass die Durchführung einer Online-Verhandlung mit einem erhöhten Aufwand verbunden gewesen sei. Damit stelle sich der Umfang der TÄxtigkeit als (noch) durchschnittlich dar. Die Schwierigkeit der anwaltlichen TÄxtigkeit sei vorliegend weit überdurchschnittlich gewesen. Insbesondere sei zu berücksichtigen, dass die Bedarfsberechnung für die Klägerin äuÃ∏erst kompliziert gewesen sei. Es hÃxtten sich komplizierte tatsÃxchliche und rechtliche Fragen gestellt. Die gewesen. Die Einkommens- und Vermängensverhäxltnisse der Kläxgerin seien unterdurchschnittlich gewesen, wobei dieser Aspekt allein jedoch nicht eine Unterschreitung der Mittelgebühr rechtfertige, da in Konstellationen wie der vorliegenden in aller Regel angespannte wirtschaftliche VerhÄxltnisse vorlÄxgen und der beigeordnete Rechtsanwalt bei anderer Betrachtung nicht die Gebühr erhalten kå¶nne, die bei Vorliegen der weiteren Bemessungskriterien gerechtfertigt sei. Nach wertender Gesamtbetrachtung sei es gerechtfertigt, eine Verfahrensgebühr in Höhe von 360 â∏¬ anzusetzen. Die Einigungsgebühr sei in Höhe von 360 â∏¬ festzusetzen, denn diese Gebühr entstehe in Höhe der nicht erhĶhten Verfahrensgebühr. Die Festsetzung der weiteren Gebühren und Auslagen sei nicht beanstandet worden.

Gegen den ihm am 25.03.2021 zugestellten Beschluss hat der BeschwerdefÃ $\frac{1}{4}$ hrer am 06.04.2021 Beschwerde eingelegt. Er trete der Auffassung, dass der Rechtsstreit Ã $\frac{1}{4}$ berdurchschnittlich komplex und schwierig gewesen sei, nicht bei. Umfangreiche Berechnungen haben die ProzessbevollmÃ $\alpha$ chtigte nicht vorgenommen, sondern nur auf einer Neuberechnung durch das beklagte Jobcenter bestanden. Da auch nicht umfangreich vorgetragen worden und kein medizinischer oder sonst schwieriger Sachverhalt aufzuklÃ $\alpha$ ren oder zu ermitteln gewesen sei, halte er die Festsetzung einer unterdurchschnittlichen GebÃ $\alpha$ 4hr in HÃ $\alpha$ 8he von 200 â $\alpha$ 7 fÃ $\alpha$ 8hr angemessen. Die Schwierigkeit, den Termin online durchzufÃ $\alpha$ 8hren, wirke sich allenfalls bei der Festsetzung der TerminsgebÃ $\alpha$ 8hr aus. Die EinigungsgebÃ $\alpha$ 9hr falle in HÃ $\alpha$ 9he der VerfahrensgebÃ $\alpha$ 9hr an; ein Ermessen sei hier nicht gegeben.

Die Beschwerdegegnerin hÄxlt den Beschluss des SG fýr zutreffend und verweist auf die Entscheidungsgrýnde sowie auf ihre Ausführungen in der Erinnerungsbegründung. ErgÃxnzend trÃxgt sie vor, die anwaltliche TÃxtigkeit bestehe gerade darin, den Sachverhalt mit der KlÃxgerin und ihren Vertrauensperson zu erörtern, den Sachverhalt in rechtlicher Hinsicht aufzuarbeiten und sodann nach AbwÃxgung sÃxmtlicher Vor- und Nachteile SchriftsÃxtze zu fertigen; die zur Akte gereichten SchriftsÃxtze könnten daher den tatsÃxchlichen Aufwand und die tatsÃxchliche Schwierigkeit nicht vollstÃxndig abbilden.

Das SG hat der Beschwerde nicht abgeholfen.

Hinsichtlich des Sach- und Streitstandes im A

brigen wird Bezug genommen auf den Inhalt der Gerichtsakten, der Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen ist.

Â

11.

- 1.  $\tilde{A}$  ber die Beschwerde entscheidet der Senat mit drei Berufsrichtern ( $\hat{A}$ § 56 Abs. 2 Satz 1 i.V.m.  $\hat{A}$ § 33 Abs. 8 Satz 2 RVG), weil die Sache grunds $\tilde{A}$  ztliche Bedeutung hat. Mit der auch entscheidungserheblichen Frage, ob sich die Vorbereitung eines Termins, der auf Grundlage des  $\hat{A}$ § 110a Sozialgerichtsgesetz (SGG) in Form einer Videokonferenz durchgef $\tilde{A}$ 1/4hrt wird, geb $\tilde{A}$ 1/4hrenerh $\tilde{A}$ 9 hend auswirken kann, hat sich der Senat noch nicht befasst.
- 2. Die Beschwerde hat keinen Erfolg.
- a) Die Beschwerde ist zul $\tilde{A}$ ¤ssig gem $\tilde{A}$ ¤ $\tilde{A}$ []  $\hat{A}$ § 56 Abs. 2 RVG i.V.m.  $\hat{A}$ § 33 Abs. 3 Satz 1 RVG und insbesondere statthaft, weil der Wert des Beschwerdegegenstandes 200  $\hat{A}$ []  $\tilde{A}$ 4 bersteigt. Der Beschwerdef $\tilde{A}$ 4 hrer ist beschwerdeberechtigt und hat die zweiw $\tilde{A}$ ¶chige Beschwerdefrist ( $\hat{A}$ § 33 Abs. 3 Satz 3 RVG) eingehalten. Eine Nichtabhilfeentscheidung des SG ( $\hat{A}$ § 33 Abs. 4 Satz $\hat{A}$  1 RVG) liegt vor.
- b) Die Beschwerde ist jedoch unbegrýndet. Das SG hat die aus der Staatskasse gemäÃ∏ §Â 45 Abs. 1 Satz 1 RVG zu erstattenden Kosten zutreffend festgesetzt. Die Höhe des Vergütungsanspruchs richtet sich nach § 3 Abs. 1 Satz 1 RVG i.V.m. dem Vergütungsverzeichnis (Anlage 1 zu § 2 Abs. 2 RVG â∏∏ VV RVG). Vorliegend entstehen Betragsrahmengebühren, weil das Gerichtskostengesetz (GKG) keine Anwendung findet, denn das Verfahren ist gemäÃ∏ § 183 Satz 1 SGG fþr die Klägerin kostenfrei.
- aa) Eine Verfahrensgebühr gemäÃ□ Nr. 3102 VV RVG ist entstanden. Die Bestimmung der Gebühr in Höhe von 360 â□¬ durch die Beschwerdegegnerin ist auch verbindlich und damit vom Vergütungsanspruch gegen die Staatskasse nach <u>§ 45 Absatz 1 Satz 1 RVG</u> umfasst. Der sich aus Nummer 3102 VV RVG ergebende

Rahmen betrĤgt in der hier noch anzuwendenden bis zum 29.06.2020 geltenden Fassung des VV RVG 50 bis 550 â∏¬. Innerhalb dieses Rahmens bestimmt die RechtsanwÃxItin die Gebühr unter Berücksichtigung der in § 14 Abs. 1 RVG genannten Kriterien. Die von einem beigeordneten Rechtsanwalt im Verfahren nach § 55 RVG getroffene Bestimmung ist nicht verbindlich, wenn sie unbillig ist, § 14 Abs. A 1 Satz 4 RVG (Landessozialgericht [LSG] Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 06.10.2016, 19 AS 646/16 B, juris Rn. 64). Die von der Beschwerdegegnerin getroffene Bestimmung in Höhe von 360 â∏¬ stellt sich jedoch als angemessen und damit als verbindlich dar. Die Gewichtung der hier ma̸geblichen Kriterien sind von dem SG zutreffend und nachvollziehbar erlĤutert worden. Hierauf nimmt der Senat Bezug und sieht insoweit von einer weiteren Begrýndung ab (§ 142 Abs. 1 Satz 3 SGG). Insbesondere ist die EinschĤtzung, dass es sich um einen durchschnittlichen Umfang der anwaltlichen TAxtigkeit gehandelt hat, nicht zu beanstanden. Der Begriff des Umfangs der anwaltlichen TÄxtigkeit bezieht sich auf den tatsÄxchlichen zeitlichen Aufwand bei der Bearbeitung des konkreten Mandates, wobei auch die persĶnliche Situation des Mandanten zu berücksichtigen ist (Winkler in Mayer/KroiÃ∏, RVG, 8. Aufl. 2021, § 14 Rn. 16). Mit der Verfahrensgebühr wird der Aufwand für Besprechung und Beratung des Mandanten, das Anfordern und die Sichtung von beigezogenen und eingeholten Unterlagen, die Rechtsprechungs- und Literaturrecherche, der Schriftverkehr mit dem Mandanten und dem Gericht, Besprechungen mit dem Mandanten sowie alle TÃxtigkeiten, für die mangels entsprechender Gebührenvorschriften nicht eine besondere Gebühr angesetzt werden kann, vergütet; die Zahl der gefertigten Schriftsätze, einschlieÃ∏lich ihres Inhalts, kann ein Indiz für den zeitlichen Aufwand der anwaltlichen TÄxtigkeit darstellen (LSG Nordrhein-Westfalen, Beschluss vom 01.07.2021, <u>L 19 AS 404/21 B</u>). Es kommt aber fÃ<sup>1</sup>/<sub>4</sub>r den Umfang der TÄxtigkeit nicht nur auf diese Zahl an (vgl. Bundessozialgericht [BSG], Urteil vom 01.07.2009, B 4 AS 21/09 R). Vorliegend haben sich, wie von der Beschwerdegegnerin plausibel dargelegt, auch die Notwendigkeit von zeitintensiven Besprechungen nicht nur mit der Mandantin, sondern auch mit deren Tochter und einer weiteren Person auf den zeitlichen Aufwand, den sie in der Sache betrieben hat, ausgewirkt. Dies und auch die Dauer des Verfahrens sowie der Aufwand für die Vorbereitung des Termins, der als Videokonferenz durchgefA¼hrt wurde, sprechen jedenfalls nicht für einen unterdurchschnittlichen Umfang der Angelegenheit. Entgegen der Auffassung des BeschwerdefA¼hrers wirken sich Tätigkeiten, die der Vorbereitung eines Termins dienen, auf die Bemessung der Verfahrensgebühr und nicht auf die Höhe der Terminsgebühr aus (vgl. dazu etwa Ahlmann in Riedel/Suà bauer, RVG, 10. Auflage 2015, VV Vorbemerkung 3 Rn. 24, 48). Jedenfalls für den hier maÃ∏geblichen Zeitpunkt Anfang 2021 kann nach ̸berzeugung des Senats auch davon ausgegangen werden, dass nicht nur die Sozialgerichte, sondern auch RechtsanwÄxlte nicht regelhaft über die Erfahrung und ̸bung im Umgang mit der erforderlichen Technik zur Ã∏bertragung von Bild und Ton verfügt haben, da erst seit dieser Zeit die durch § 110a SGG ermöglichte Ã∏bertragung der Verhandlung in Bild und Ton in nennenswerterem Umfang praktisch angewendet wurde. Dies bezieht sich auch und gerade auf die vorbereitenden TÄxtigkeiten (wie etwa das Vertrautmachen mit dem vom Gericht genutzten Konferenzsystem), durch die die Durchfļhrung einer Videokonferenz als Verhandlungs- oder ErĶrterungstermin und damit die eigentliche

Terminswahrnehmung fýr den Rechtsanwalt erst ermöglicht wird.

Wegen des daher mindestens durchschnittlichen Umfangs und der auch aus Sicht des Senats  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berdurchschnittlichen Schwierigkeit der anwaltlichen  $T\tilde{A}$ xtigkeit,  $f\tilde{A}^{1}/_{4}$ r die die Beschwerdegegnerin nachvollziehbar und zu Recht auch auf tats $\tilde{A}$ xchliche Herausforderungen im Umgang mit der Kl $\tilde{A}$ xgerin und ihrer auch den Rechtsstreit betreffenden Lebenssituation abgestellt hat, sowie der  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ berdurchschnittlichen Bedeutung der Angelegenheit, in der es um die Aufhebung der Bewilligung existenzsichernder Leistungen ging, stellt sich eine Geb $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hrenbestimmung in H $\tilde{A}$ 1he von 360  $\hat{a}$ 1, also in einer H $\tilde{A}$ 1he, die um nur ein  $\tilde{F}\tilde{A}^{1}/_{4}$ nftel  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber der Mittelgeb $\tilde{A}^{1}/_{4}$ hr liegt, nicht als unbillig dar.

- bb) Die Einigungsgeb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hr ist gem $\tilde{A} = \tilde{A} = 1005$ , 1006 i.V.m. 1000 VV RVG in H $\tilde{A}$ ¶he der Verfahrensgeb $\tilde{A}^{1}_{4}$ hr, also in H $\tilde{A}$ ¶he von 360  $\hat{a} = 1000$ , entstanden.
- cc) Die Höhe der Terminsgebühr gemäÃ∏ Nr. 3106 VV RVG steht zwischen den Beteiligten nicht im Streit; die Festsetzung ist auch nach Auffassung des Senats nicht zu beanstanden. Sie liegt mit 270 â∏¬ noch unterhalb der Mittelgebühr in Höhe von 280 â∏¬, die im Hinblick auf die Dauer des Termins und den Umstand, dass der Termin in Form einer Videokonferenz durchgeführt wurde, jedenfalls angemessen wäre. Wegen der Bindung an den Antrag der Beschwerdegegnerin und des zugunsten des Beschwerdeführers geltenden Verböserungsverbotes (vgl. dazu ausführlich LSG NRW, Beschluss vom 25.10.2010,  $\underline{L}$  19 AS 1513/10 B, juris Rn. 64) muss der Senat nicht entscheiden, ob die Teilnahme an einem Termin, der gemäÃ∏  $\underline{A}$ §Â 110a SGG in Form einer Videokonferenz durchgeführt wird, eine  $\underline{A}$ ¾berdurchschnittliche Schwierigkeit der anwaltlichen Tätigkeit im Termin selbst begründen kann.
- dd) Unter Berücksichtigung der Auslagenpauschale für Entgelte für Post- und Telekommunikationsdienstleistungen gemÃxÃ $\square$  Nr. 7002 VV RVG, des Abzugs der hÃxIftigen Beratungshilfe in Höhe von 42,50 â $\square$ ¬ gemÃxÃ $\square$  Vorbemerkung 3 Abs. 4 VV RVG und der auf den Gesamtbetrag in Höhe von 967,50 â $\square$ ¬ anzusetzenden Umsatzsteuer gemÃxÃ $\square$  Nr. 7008 VV RVG ergibt sich der von dem SG festgesetzte Betrag von 1.151,33 â $\square$ ¬.
- 3. Das Verfahren ist geb $\tilde{A}^{1/4}$ hrenfrei ( $\hat{A}$ § 56 Abs. 2 Satz 2 RVG). Kosten werden nicht erstattet ( $\hat{A}$ § 56 Abs. 2 Satz 3 RVG).
- 4. Dieser Beschluss ist nicht mit der Beschwerde anfechtbar (§Â§ 56 Abs. 2 Satz 1, 33 Abs. 4 Satz 3 RVG).

ÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂ

Erstellt am: 25.05.2022

7.1-1-1	024		
Zuletzt verändert am: 23.12.20	024		